10, 03, 78

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

zur Beratung der Großen Anfrage der Fraktionen der SPD, FDP – Drucksachen 8/685, 8/1408 –

Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinten Nationen

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- das Recht auf Selbstbestimmung aller Deutschen in den Vereinten Nationen nachhaltig zur Geltung zu bringen und die Offenhaltung der deutschen Frage deutlich zu machen;
- die Vertretung Berlins gemäß den Möglichkeiten des Vier-Mächte-Abkommens in allen Bereichen voll wahrzunehmen, die nicht den Sonderstatus von ganz Berlin und die Sicherheit berühren;
- 3. nunmehr mit aller Bestimmtheit eine angemessene Besetzung des Sekretariats der Vereinten Nationen durch deutsche Bedienstete zu verwirklichen;
- sich gegen die Verletzung der Menschenrechte überall auf der Welt, insbesondere auch in Mitteldeutschland und in den mittel-osteuropäischen Ländern zu wenden;
- sich mit dem ganzen der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung stehenden Einfluß für friedliche Lösungen in Spannungsgebieten – insbesondere im südlichen Afrika – einzusetzen und sich jeder Gewaltanwendung entgegenzustellen.

Bonn, den 10. März 1978

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion